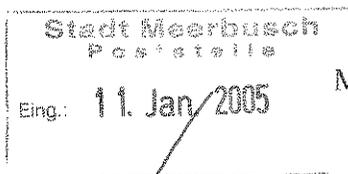


Bündnis 90 / Die Grünen
Fraktion im Rat der Stadt Meerbusch



Geschäftsstelle
Meerbuscher Straße 41
40670 Meerbusch
Tel: 02159 / 51368
Fax: 02159 / 528143

e-mail: buero@gruene-meerbusch.de

Bündnis 90 / Die Grünen, Meerbuscher Straße 41, 40670 Meerbusch

<http://www.gruene-meerbusch.de>

An die Vorsitzende des Schulausschusses
Frau Kox
Service Zentrale Dienste
40641 MEERBUSCH

Meerbusch, 9. Januar 2005

Antrag für die Sondersitzung des Schulausschusses am 19. 1.2005
integrativer Unterricht in der Sekundarstufe I
gleichlautender Antrag für die nächste Ratssitzung, 27. Januar 2005

Sehr geehrte Frau Kox,

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN Meerbusch beantragen auf der **Sondersitzung des Schulausschusses am 19. 1.2005** zu dem Tagesordnungspunkt

integrativer ziendifferenter Unterricht von behinderten Kindern in der Sekundarstufe I
folgenden Beschluss zu fassen:

Der Ausschuss möge beschließen, dem Rat der Stadt Meerbusch zu empfehlen:

1. Der Rat der Stadt Meerbusch erklärt ausdrücklich seinen politischen Willen, dass gemeinsamer Unterricht von behinderten und nicht behinderten Kindern auch in der Sekundarstufe I gewünscht und angestrebt wird. Dies gilt sowohl für zielgleichen wie ziendifferenten integrativen Unterricht.
2. Der Rat der Stadt Meerbusch beauftragt die Verwaltung, unter Mitwirkung der Schulaufsicht für den Kreis Neuss, Gespräche mit allen Schulformen der Sekundarstufe I dahingehend zu führen, dass zum nächst möglichen Zeitpunkt, zum Schuljahr 2005 / 2006, die Rahmenbedingungen zunächst an einer Schule geschaffen werden, um den gemeinsamen Unterricht umzusetzen.
3. Der Rat der Stadt Meerbusch beauftragt die Verwaltung weiterhin, unter Mitwirkung der Schulaufsicht für den Kreis Neuss, zeitnah Gespräche mit Nachbargemeinden zu führen, um eventuellen Aufbau einer gemeinsamen Fördergruppe abzustimmen.

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Grüne

Gründe:

Die Integration behinderter Kinder in allen Bereichen unseres Alltags muss selbstverständlicher Bestandteil unseres gesellschaftlichen und politischen Handelns sein. Dies ergibt sich u.a. aus dem Grundgesetz, Artikel 3, Absatz 3: Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Mehrfach haben in den vergangenen Jahren Eltern behinderter Kinder Anträge für die Umsetzung gemeinsamen Unterrichtes gestellt und die Politik um Unterstützung gebeten. Seit Jahren werden Eltern gleichermaßen mit scheinbarem "Verständnis" überschüttet, um sie schließlich doch zu vertrösten. Seit Jahren fehlt ein klares Bekenntnis des Rates der Stadt Meerbusch, dass diese Form der Integration gewünscht und angestrebt wird.

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN halten den Zeitpunkt für eine solche Entscheidung für längst überfällig.

Die Verantwortung für die Umsetzung liegt bei den Schulträgern, somit der Stadt Meerbusch und der zuständigen Schulaufsicht des Kreises Neuss. Die Schulen sind nach dem Schulmitwirkungsgesetz an dieser Umsetzung zu beteiligen.

Ohne klares politisches Bekenntnis und ohne eindeutige rats- und verwaltungsseitige Hilfe für die Umsetzung werden die Schulen jedoch Schwierigkeiten haben eine entsprechende Entscheidung mitzutragen und umzusetzen.

Dieses Bekenntnis soll der Rat der Stadt Meerbusch heute deutlich formulieren.

Aus allen Fraktionen gibt es Signale, dass nun für die Eltern Klarheit geschaffen werden muss. Deshalb verständigten sich die Fraktionsvorsitzenden auf einen zeitnahen Termin, der noch eine Umsetzung in 2005 zulassen könnte. Verwaltungsseitig wird diese Thematik nach Auffassung von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN nicht mit der notwendigen Energie vorangetrieben. Teilweise werden, je nach Diskussionsrahmen, widersprüchliche Argumente benannt. So ist es nicht nachvollziehbar, dass einerseits die Einrichtung einer Fördergruppe für unwahrscheinlich gehalten wird, da die zunächst notwendige Gruppenstärke von 4-5 Kindern nicht zu erwarten ist, andererseits wird die "Gefahr" skizziert, dass die Sonderschule für Lernbehinderte, Raphael-Schule, durch die integrative Beschulung kein ausreichendes SchülerInnenpotential mehr haben könnte. Die Raphael-Schule hat nach unserem Kenntnisstand derzeit 110 Schülerinnen und Schüler. Für den Bestand der Schule wäre auch ein gegebenenfalls reduzierter Bestand ausreichend. Zudem darf diese Überlegung nicht Maßstab für integrative Ansprüche sein.

Wir bitten alle Meerbuscher Fraktionen sich für das genannte Anliegen aktiv einzusetzen.



Jürgen Peters
Fraktionsvorsitzender